



*) unbequem aus Verantwortung



STADT ASCHAFFENBURG				
EINGANG				
12.10.2023				

KI* – c/o Jürgen Zahn, Braugasse 5, 63743 Aschaffenburg

An den Oberbürgermeister
Jürgen Herzing
(per mail)

den Medien zur Kenntnis

Aschaffenburg, den 12.10.23

Antrag: Fahrplan für die verbindliche Einhaltung der Klimaschutzziele

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Klimawandel erfolgt nach Meinung von Experten in großen Teilen ungebremst (FAZ 27.09.23) und der September 23 war der wärmste seit Messbeginn (DWD vom 02.10.23). Im Sommer 23 war auch das Rhein-Main-Gebiet von massiven Starkregen Ereignissen betroffen. Es ist zu erwarten, dass auch die Stadt Aschaffenburg die dringend notwendige Klimaneutralität in der Gesamtheit mit den jetzigen und geplanten Maßnahmen nicht erreichen wird. Ende letzten Jahres die Verwaltung fest: *„Bei der aktuellen Zubau-Rate von PV-Anlagen wird die Stadt Aschaffenburg ihre territorialen Klimaschutzziele weiterhin weit verfehlen und die erforderliche Klimaneutralität bis 2040 nicht einmal annähernd erreichen.“* Die KI und die ÖPD stellen deshalb folgenden Antrag:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt einen „**Klimaschutz-Fahrplan**“ zu erarbeiten, mit dem nachvollziehbar und belastbar die dringend notwendigen Klimaschutzziele schrittweise erreicht werden. Dieser Klimaschutz-Fahrplan ist dem Stadtrat vorzustellen, sowie die entsprechenden notwendigen Haushaltsmittel ab 2024 und in den folgenden Jahren einzustellen.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt regelmäßig (mindestens alle 2 Jahre) eine CO₂-Bilanz - in der der aktuelle Stand des CO₂ Emissionen erfasst wird – zu erstellen. Erstmals ist die CO₂-Bilanz Anfang 2024 vorzulegen.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt mindestens einmal jährlich über den aktuellen Stand des Klimaschutz-Fahrplans zu berichten. Sofern die zu definierenden Meilensteine nicht erreicht werden, sind konkrete korrektive Maßnahmen vorzuschlagen, damit der Klimaschutz-Fahrplan in seiner Gesamtheit erreicht werden kann. Die Finanzmittel sind sofern notwendig entsprechend anzupassen.

Begründung:

1. Städte sind die größten Emittenten von klimaschädlichen Treibhausgasen. Klimaschutz muss in den Städten umgesetzt werden - auch in Aschaffenburg.
2. Klimaschutz ist teuer, aber die Klimaschutzziele nicht zu erreichen wird extrem teuer. Allein der Sommer 2018 und 2019 die Ahrtal-Katastrophe haben Deutschland 80 Milliarden Euro gekostet!
3. Mitte 2020 wurde durch den Stadtrat der Klimanotstand ausgerufen in dem der **Klimaschutz als Aufgabe von höchster Priorität** zu behandeln ist. Gemäß diesem Klimanotstand ist endlich zu handeln und die gesetzlichen Vorgaben für die öffentliche Hand konkret anzugehen. Dazu zählen z.B.:
 - a. die Vorgabe des Klimaschutzgesetzes verpflichtend die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 55 % zu reduzieren.
 - b. die Landesvorgabe der Klimaneutralität in Bayern bis 2040.



- c. Die Verpflichtung gemäß Art 20A des Grundgesetzes: *„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung“.*

Mit der Bitte der Behandlung gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates. Sofern die Frist nicht eingehalten werden kann, bitten wir um eine rechtzeitige und begründete Mitteilung.
Mit freundlichen Grüßen

für die KI,
Jürgen Zahn, Stadtrat

für die ÖDP,
Bernhard Schmitt, Stadtrat